

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 5

Artikel: Der Generlastreik vom November 1918 : der Kampf um die
Deutungshoheit

Autor: Fuhrer, Hans Rudolf

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-772538>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Generalstreik vom November 1918 – der Kampf um die Deutungshoheit

Der Landesstreik vom 12. bis zum 14. November 1918 war zweifellos die schwerste innenpolitische Krise seit Gründung des Bundesstaates 1848 und eigentlich bis heute. Im Gedenkjahr 2018 wird es wohl wiederum zu einem Kampf um die Deutungshoheit des Ereignisses kommen. Dieser Problemaufriss soll zeigen, wo die Fallgruben versteckt sind.

Hans Rudolf Fuhrer

Bevor wir die voraussichtlich umstrittenen Aspekte ansprechen, ist es unabdingbar, die Ereignisgeschichte in der gebotenen Kürze zusammenzufassen. In den bisherigen Darstellungen des Landesstreiks (u. a. Schmid-Ammann, Gautschi, Frey, Degen, Koller) besteht weitgehender Konsens im Ablauf der Vorkommnisse. Unbestritten ist auch, dass der Krieg 1914–18 grosse Teile der Arbeiterschaft in schwere wirtschaftliche Not gebracht hat. Der mangelnde soziale Schutz der Dienstpflichtigen verschärfte für viele Familien die Lage. Die Schweiz war auf einen langen Krieg nicht vorbereitet. Dies alles führte zu einer gefährlichen Polarisierung in der Bevölkerung.

Facts

Völlig kontrovers in der historischen Aufarbeitung ist jedoch die Bewertung der Ideologisierung der sozial- und machtpolitischen Auseinandersetzung. Vereinfachend kann gesagt werden, dass die Arbeiterschaft der sozialdemokratischen- oder marxistisch revolutionären Ideologie zuneigte, während die bürgerlich-liberal-konservative Partei aus einer Position der demokratischen Tradition und weitgehend der ständisch-kapitalistischen Besitzstandswahrung argumentierte. In dieser brisanten Lage brauchte es nur noch radikalierende Elemente, die den zündenden Funken ins prall gefüllte Pulverfass schleuderten. Dazu gehört beispielsweise der Versuch des Bundesrates Ende 1917, eine allgemeine Zivildienstvorlage durchzubringen. Diese Zivildienstpflicht sollte für alle nicht militärdienstpflichtigen Schweizerinnen und Schweizer von 14–60 Jahre eingeführt werden. Gegen diese «Militarisierung der Gesellschaft», Unterstellung der Bevölkerung unter die



Kumm-pumm! Pumm! — Das Gespenst des Kommunismus geht um!

Streik, die neueste Zeitgeisterscheinung.
Quelle: Nebelspalter
29.11.1919

tonen die Erlaubnis, die öffentlichen Veranstaltungen zu verbieten. Es entstand eine vergleichbare Situation wie im September 1916 im Umfeld des «Roten Sonntags» (vgl. GMS Jahresschrift 2018). Auf einem sozialistischen Kongress in Basel wurde der aktuelle Arbeitskampf heftig diskutiert. Im Raum stand programmatisch die revolutionäre Eskalationskette: unbefristeter politischer Massenstreik, offener revolutionärer Kampf, Bürgerkrieg zur Machtüber-

Militärjustiz und Beeinträchtigung des freien Arbeitsmarktes regte sich sofort harter Widerstand.

Um im sozialen Kampf mehr Durchschlagkraft zu haben, wurde im Februar 1918 unter dem Vorsitz von Robert Grimm das Oltener Aktionskomitee (OAK) geschaffen. Die Zürcher Arbeiter Union (AU) drohte mit dem Generalstreik, wenn die Vorlage nicht in 48h zurückgezogen werde. Der Bundesrat gab nach. Im März und April sollte der Milchpreis erhöht werden. Wiederum wich die Landesbehörde, nicht zuletzt wegen der Streikdrohung, zurück. Im Juni wurden Demonstrationen gegen die Teuerung ausgerufen. Der Bundesrat gab den Kan-

nahme durch das Proletariat. Der Beschluss war dann aber weit weniger revolutionär: u.a. friedlicher Streik, alkoholfrei, keine Zusammenstösse mit Polizei und Militär provozieren, bei einem Aufgebot zum Ordnungsdienst (OD) einrücken, aber als Ehrenpflicht jedes Arbeiters den Gehorsam verweigern, wenn gegen Streikende vorgegangen werden sollte. Dämpfend hatte wahrscheinlich die Befürchtung gewirkt, dass bürgerkriegsähnliche Zustände die Intervention des Auslandes auslösen würden. Zudem hatten starke Kräfte um Hermann Greulich erfolgreich vor einem unüberlegten Handeln gewarnt. Man habe dann nichts mehr in der Hand; die wilde Flut des Aufbruchs

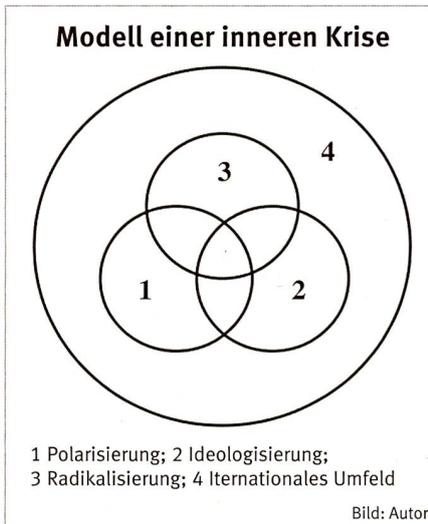
reise alle und alles mit. Der Beobachter des Armeekommandos in Basel, Oberst Claude de Perrot, überhörte anscheinend die Forderungen nach einem disziplinierten Streik und meldete dem damaligen Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg: Ein Landesstreik ist mit einer Revolution gleichzusetzen. Sprecher bereitete in der Folge in enger Absprache mit dem Bundesrat alles vor, um dieser staatsgefährlichen Drohung wirksam entgegenzutreten zu können. Der General teilte diese Beurteilung vollumfänglich und wurde mit Eingaben aktiv. Sprecher war aber die entscheidende Schaltstelle und nicht Ulrich Wille.

Radikalisierend waren auch die Missstände in der Soldatenführung durch überforderte Kader, welche ab dem Herbst 1917 zur Bildung von Soldatenkomitees geführt hatten und den Antimilitarismus in all seinen Formen förderte, was besonders die Armeeführung in Zugzwang versetzte. Das befürchtete Zusammenfinden von revolutionärem Sozialismus und Antimilitarismus, das heisst der beiden extremen Ideologien, war die gefährliche Mischung, welche den Revolutionscocktail zunehmend scharf machte.

Der Konflikt bricht aus

Während frühere Streikdrohungen durch Zugeständnisse vermieden werden konnten, überraschte und erschreckte der Streik der Bankangestellten (der «Proletarier mit Stehkragen und Manchetten») Ende September/Anfang Oktober in Zürich die bürgerlichen Behörden. Selbst Sozialdemokraten waren erstaunt über die Gewaltbereitschaft der Sympathisanten mit den Streikenden. Die grippegeschwächte Polizei und das ebenso stark dezimierte Neuenburger Infanteriebataillon 18 waren überfordert. Sprecher wertete die Vorkommnisse im Sinne seiner Befürchtungen: «Was am 1. 10. in Zürich geschehen ist, ist nichts mehr und nichts minder als die Kapitulation der bürgerlichen Gewalt vor der revolutionären Masse.» Auch der General sah darin eine Generalprobe der kommenden Revolution. Sarkastisch meinte er, die Regierung von Zürich sei in diesen Tagen im Volkshaus und auf den Strassen gewesen.

Die gerügte Zürcher Regierung befürchtete in der Folge noch Schlimmeres. Als besonders gefährlich sah man den Jahrestag der Russischen Revolution am 7. oder 10. November an, konnte sich aber wiederum nicht zu einem präventiven



Truppenaufgebot durchringen. Der spätere OD-Kommandant in Zürich, Oberstdivisionär Emil Sonderegger, fasste seinen Eindruck so zusammen: «Unglaublich, welches Quantum von Feigheit in dieser Zürcher Bürgerschaft steckt.» Auch Wille drang mit seiner Forderung nach einer präventiven Truppenbereitstellung nicht durch: «Ich bin immer der Ansicht, dass der Krankheit vorbeugen viel wichtiger ist, als dieselbe heilen, wenn sie ausgebrochen ist.» Erst in den Nacht vom 5./6.11. gab der Bundesrat nach und General und Generalstabschef konnten das Truppenaufgebot auslösen. Die russische Botschaft wurde ausgewiesen, weil man angeblich revolutionäres Propagandamaterial gefunden hatte und von der man finanzielle und ideologische Unterstützung der Streikführer vermutete.

Kavallerie auf dem Zürcher Paradeplatz während des Landesstreiks. Bild: Wikipedia



Am 7.11. waren die Truppen (8000) für Zürich bereit und Sonderegger eingesetzt. Das Gleiche galt für Bern (8000) mit Eduard Wildbolz als Befehlshaber (gegen den Willen des Generals, der Fritz Gertsch wollte, dessen Truppen im Einsatz standen). Diese Bereitstellung von starken Ordnungsdiensttruppen löste einen Proteststreik des OAK auf Samstag, 9. 11. aus. Die Zürcher Arbeiterunion beschloss, diesen am Montag fortzuführen. Das zwang das OAK, den Generalstreik auszurufen, wenn es das Geschehen in den eigenen Händen behalten wollte.

Das OAK formulierte daraufhin neun Forderungen, die durch eine kollektive Protestbewegung erzwungen werden sollten: Neuwahl des Nationalrats nach dem Proporzwahlrecht (wurde im Oktober so beschlossen), Einführung des aktiven und passiven Frauenstimmrechts, einer allgemeinen Arbeitspflicht und der 48-Stunden-Woche, eine Demokratisierung der Armee, die Sicherung der Lebensmittelversorgung, eine Alters- und Invalidenversicherung, ein staatliches Aussenhandelsmonopol und eine Vermögenssteuer zum Abbau der Staatsverschuldung.

Kantonale und eidgenössische Debatten sowie Besprechungen in Wirtschaftskreisen zeigen, dass die Themen auch bei den bürgerlichen Parteien zur Diskussion standen. In der Sache hätte man sich in verschiedenen Punkten durchaus finden können, aber auf eine Erpressung hin waren nur wenige bereit, freiwillig nachzugeben. Dazu kamen die Ereignisse der letzten Kriegsmonate, welche neben dem schon 1917 revolutionierten Zarenreich alle Mittelmächte ins Chaos stürzten. Diese gewaltsamen Zerfallsprozesse blieben in der

Schweiz nicht unbemerkt und schwebten wie ein Damoklesschwert über der damaligen bürgerlichen Führungsschicht. Die Revolutionsangst ging um; sie hatte einen Namen: Bolschewismus und viele waren entschlossen: So etwas passiert uns nicht.

In Zürich musste die Armee am 10. November eine unbewilligte Demonstration auf dem Fraumünsterplatz auflösen, wobei unter bis heute ungeklärten Umständen ein Soldat erschossen wurde. Daraufhin rief das OAK für den 12. November den unbefristeten Generalstreik aus.

Dem Streikaufruf folgten schweizweit nach Gewerkschaftsangaben rund 250 000 Demonstranten, die meisten aus urbanen und/oder industrialisierten Gebieten der Deutschschweiz. Der Bundesrat forderte ultimativ den Streikabbruch. Das massive Truppenaufgebot trotz der grassierenden Grippe und die unkontrollierbaren Scharfmacher auf der eigenen Seite liessen das OAK eine Eskalation zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen befürchten. Man beschloss in der Nacht vom 13. auf den 14. November den Streikabbruch. Am letzten Streiktag, dem 14. November, kamen in

Grenchen SO drei junge Uhrenarbeiter bei Zusammenstössen mit Truppen ums Leben. Damit waren schliesslich vier Menschenleben zu beklagen.

Der Kampf um die Deutungshoheit – ein erster thesenartiger Problemaufriss

Nach Dissertanten des unlängst verstorbenen Doyens der schweizerischen Militärgeschichte Walter Schaufelberger sind die folgenden sieben Problemkreise bei einem OD-Einsatz zu beurteilen: Legalität, Legitimität, Wirksamkeit, Provokation/Prävention, Verhältnismässigkeit, Parteilichkeit, Subsidiarität.

Die Legalität des Streikrechts und des OD-Einsatzes wurde nie bestritten. Alle anderen Aspekte sind umstritten. Es sei hier nur ein Punkt angesprochen. Wer die DRS2-Sendung Kontext vom 27. Oktober 2017 oder die anderen Beiträge im Netz unter dem Stichwort «Generalstreik 1918» zur Kenntnis nimmt, hört zwei Behauptungen: 1. Eine kommunistische Revolution war nie geplant und 2. Zu Gewaltakten kam es nur dort, wo Militär im Einsatz war. Diese Behauptungen können nicht unwidersprochen als histo-

rische Wahrheit stehen gelassen werden. Der Raum fehlt für eine umfassende Replik. Darum sollten nur zwei Argumente zum Überdenken angesprochen werden.

Das internationale Umfeld liess zunehmend die Furcht vor einer Revolution in den für die Ruhe und Sicherheit der Eidgenossenschaft verantwortlichen Männern entstehen und drängte sie zum entschlossenen Handeln. Es ist aus heutiger Sicht ein Leichtes, ihnen eine Fehlbeurteilung vorzuwerfen, zumal die Entwicklung bei anderem Verhalten nicht beweisbar ist.

Der Mainstream der heutigen Historikergeneration wertet den Einfluss des internationalen Umfelds auf das Geschehen in der Schweiz höher als es vielen Patrioten lieb ist. Wir müssen diese Einsicht auch für 1918 angemessen anwenden. Ohne die grösstmögliche Berücksichtigung der psychologischen Wirkung der revolutionären Vorgänge in Russland und in den im Krieg unterlegenen Nachbarstaaten in den letzten Kriegswochen ist die Haltung und Reaktion der politischen und militärischen Verantwortlichen nicht nachvollziehbar.

Wir zeigen das – auch hier in gebotener Kürze – am Beispiel von Ulrich Wille. Diese Auswahl ist nicht unproblematisch, da der General nur einer unter ver-

Truppen auf dem Zürcher Waisenhausplatz während des Landesstreiks. Bild: Wikipedia



schiedenen Verantwortungsträgern war. Es ist aber legitim, da der General in der Regel als beliebte Projektionsfläche für alle Anklagen dient. Das erste Zitat ist einem vertraulichen Brief entnommen.

Ulrich Wille schreibt am 12. April 1918 an Oberstkorpskommandant Eduard Wildbolz, mit dem er – wie bereits angedeutet – in dieser Zeit nicht mehr freundschaftlich verbunden war: *«Die Bolschewiki unseres Landes wollen so planvoll die Armee zerstören und in sündhafter Kurzsichtigkeit ist ihnen von den Zeitungen und vielen Volksmännern der bürgerlichen Parteien derart in die Hände gearbeitet worden, dass wir, deren Pflicht es ist, die Armee vor Zerstörung zu schützen, zusammenhalten müssen.»*

Das zweite Zitat steht in einem Briefentwurf zu den Soldatenorganisationen, welche eine «Demokratisierung der Armee» forderten: *«Ihre directe Veranlassung liegt in den Soldatenräthen in der russischen Armee, deren Erschaffung eine der ersten Thaten der siegreichen russischen Revolution war, die den Weltfrieden herbeiführen wollte, indem sie die Wehrkraft des Landes zu Grunde richtete, einstweilen aber anstelle einer das Land schützenden Armee zügellose Banden setzte, die durch Morden, Sengen und Brennen ihr eigenes Volk martern und vor der feindlichen Armee nicht standhalten, die zur Herbeiführung von Ordnung im Land einmarschiert ist. Die Einsetzung der Soldatenräthe muss als eines der Symptome betrachtet werden der inneren Fäulnis Russlands, die durch die Autocratie des Bureaucratismus des Carenthum herbeigeführt, aber durch die Männer, die eine Revolution an die Macht gebracht hat, auf die höchste Potenz gebracht.»*

Den Bankangestelltenstreik beurteilte Wille so: *«Was hier siegte, war genau nach den Lehren und dem Vorbild der Bolschewiki der Terror, den einige wenige entschlossene Führer durch die Macht über die Massen ausübten. Geradeso wie die Bolschewiki die gemässigten Führer der Sozialdemokratie auf den Kebrichthäufen geworfen haben, so werden sie auch bei uns alle jetzigen Führer der Sozialdemokraten wie Spreu vor dem Wind wegfeegen.»*

Die Rhetorik einzelner sozialistischer Wortführer verstärkte die Überzeugung, dass man nicht zuwarten dürfe, sondern präventiv handeln müsse. Es ist heute ein Leichtes, beschwichtigend anzuführen, dass sich beim Oltener Aktionskomitee keine konkreten Umsturzpläne finden liessen und dass man die verbalen Entgleisungen einzelner Hitzköpfe doch nicht so ernst nehmen dürfe.

Wille wurde im Mai 1918 die GENFER VOLKSZEITUNG vorgelegt. Darin las er in einem anonymen Beitrag, das OAK sei gebildet worden, um «grosse Aktionen» zu leiten, doch darin sassen sogar Gegner eines Generalstreiks (Greulich, Schneeberger). Es sei ein «Bremskomitee» lahmer Berufspolitiker, die alles verhindern «um den bisherigen Kuhhandel mit der Regierung weiter treiben zu können». Auch die Jugendorganisation Münzen-

«Schon rötet die nahende Revolution den Himmel über Zentraleuropa. Der erlösende Brand wird das ganze morsche, blutdurchtränkte Gebäude der kapitalistischen Welt erfassen.»

Quelle: Zürcher Volksrecht / Berner Tagwacht / Basler Vorwärts 31.10.1918

bergs, die im September 1916 noch den «Roten Sonntag» mit antimilitaristischen Zielen inszeniert hatte, genüge nicht mehr. Sie sei in der Wirkung von «ängstlichen alten Führern zu sehr beschränkt». Die strategischen Ziele der nahen Zukunft seien: «Ablehnung der bürgerlichen Landesverteidigung, Demobilisierung der Armee, Überführung der Waffen und Munition in die Hände der Arbeiterschaft».

Die agitatorischen Beispiele liessen sich fast beliebig vermehren und gipfelten im «Aufruf zur Revolutionsfeier» aus der Feder Fritz Plattens zum ersten Jahrestag der Russischen Revolution, die das ersehnte Kommende so umschreibt: *«Schon rötet die nahende Revolution den Himmel über Zentraleuropa. Der erlösende Brand wird das ganze morsche, blutdurchtränkte Gebäude der kapitalistischen Welt erfassen.»*

Honni soit qui mal y pense!

Verschiedene Kommunikationstheorien versuchen den Austausch von Nachrichten mit Modellen zu erklären. Ein leicht nachvollziehbares Forschungsergebnis ist: Störfaktoren können beim Empfänger die Nachricht eines Senders verändern. Das obige Beispiel zeigt aber, dass sie auch wörtlich verstanden und ernst genommen werden kann, wenn sie durch das Umfeld als möglich und gefährlich gestützt wird.

Im Zeitalter der Desinformation und der Fake News tönt das zwar fremd. Es muss jedoch zur Kenntnis genommen werden, dass die Grösse des Truppenaufgebotes der existenziellen Bedrohungsempfindung entsprochen hat und selbst die Grippe in Kauf genommen wurde, um grösseren Schaden zu vermeiden.

Dass Zahlen täuschen können, zeigen die Ereignisse auf dem Münsterplatz am 10. November. Von den aufgebotenen 8000* traten 55 Soldaten mit scharfer Munition und erstmals mit Stahlhelm gegen mehrere Tausend aufgebrauchte Demonstranten an. Es hätte leicht wie in Grenchen oder in Genf 1932 herauskommen können. «A very civil war» nannte Joachim Remak den Sonderbundskrieg aus amerikanischer Sicht. Das gilt sicher auch für den November 1918 und gäbe eigentlich Grund zur Dankbarkeit. Das klassenkämpferische Vokabular: die Armee als «Klasseninstrument» könnte dann für die eidgenössische Milizarmee auf den Haufen des marxistischen Schrotts geworfen werden. Ob der Marxismus gänzlich ausser Mode gekommen ist, wird die Diskussion zeigen. Es wird spannend sein, welche neuen Ansätze beispielsweise das Berner Nationalfondsprojekt oder die geplante Ausstellung im Landesmuseum Zürich hervorbringen werden. Die mediale Verknüpfung mit der Feier 100 Jahre SVP lässt jedoch befürchten, dass das politische Links-Rechts-Schema wie 2015 in den Vordergrund geschoben und die möglichst neutrale historische Wertung erschwert wird. Vieles deutet darauf hin, dass noch Lernpotential in dieser schweren innenpolitischen Prüfung von 1918 vorhanden ist, wenn das oft zitierte geflügelte Wort des Club of Rome nicht mehr gelten soll: Wer seine Geschichte nicht gelernt hat, ist verdammt, sie zu wiederholen. ■

Literaturverzeichnis

GMS Jahresschrift 2018, Bezugsort GMS Bücherdienst: rudolf.widmer-gms@bluewin.ch. Die Fortsetzungsschrift ist auf Herbst 2018 geplant.

* Auf den 11.11. wurden weitere Verbände aufgeboden, die aber nicht zum Einsatz kamen.



Oberst
Hans Rudolf Fuhrer
PD Dr. phil.
ehem. Dozent MILAK ETHZ
Privatdozent Uni Zürich
8706 Meilen